

KOMMENTAR

Jugendkrawalle in Frankreich

Ein ganzes Land ist ratlos



Sylvia Wania

Ein Flächenbrand hat Frankreich erfasst – im Wortsinn. Brennende Schulen, verkohlte Autowracks, Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei, der erste Tote – Szenen, wie aus einem Bürgerkrieg. Jede Nacht revoltieren in den tristen Wohngettos der Großstädte jugendliche Immigranten, die als Verlierer der Globalisierung durch den sozialen Rost gefallen sind. Verzweiflung und Wut sind in beispiellose Krawalle eskaliert. Oft auch aus Enttäuschung über die vielen Programme, die Paris den Einwanderern zwar in Aussicht gestellt, aber nie aufgelegt hat. Wie versprochen, so gebrochen.

Die Politik verwaltet das Problem schon seit drei Jahrzehnten. Auch an den Ursachen – von Fehlern in der Einwanderungspolitik und fehlender staatsbürgerlicher Integration über eine elitäre Schulpolitik und verbreiteten Rassismus bis hin zu Massenarbeitslosigkeit in den sozialen Brennpunkten – hat sich wenig geändert. Weil der soziale Ausgleich aber Geld und Engagement voraussetzt, hat sich die Regierung in Paris stets so lange weggeduckt, bis die Krawalle von selbst abflauten, und im übrigen darauf gehofft, daß die Polizei irgendwie den Deckel draufhält.

Nun droht der Kessel zu explodieren. Zusätzlich Öl ins Feuer gegossen hat Innenminister Sarkozy, der die Jugendlichen pauschal als „Abschaum“ und „Gesindel“ bezeichnet hat, um mit diesem billigen Populismus als potentieller Präsidentschaftskandidat innenpolitisch zu punkten. In Wahrheit ist ganz Frankreich ratlos. Und wer hierzulande meint, das könne in Deutschland nicht passieren, dem seien die Morde in den Niederlanden, die von islamistischen Immigranten verübten Terroranschläge in London und wachsender Argwohn gegen die türkischen EU-Ambitionen ein Alarmsignal. Was, wenn der Funke aus Paris überspringt?

■

Rücktritte bei der HypoVereinsbank

Es gäbe viel zu gewinnen

Volker Mester

Der völlig überraschende Rücktritt mehrerer Vorstände wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der HypoVereinsbank vor der Fusion mit der italienischen Unicredit: Überall herrscht Unklarheit über den künftigen Kurs.

Auch wenn persönliche Eitelkeiten hochbezahlter Topmanager zu den Motiven für die Kündigungen gehört haben sollten, macht dies die Sache für die übrigen Beschäftigten nicht besser. Denn gerade die jungen Vorstandsmitglieder galten als Hoffnungsträger, von denen man erwarten konnte, daß sie den neuen Eigentümern aus Mailand die besonderen Bedingungen und Erfordernisse des Deutschlandgeschäfts überzeugend vermitteln.

Neuerliche Verunsicherung ist das Letzte, was die krisengeschüttelte HypoVereinsbank, in der seit dem Jahr 2000 schon 15 000 Stellen weggefallen sind, jetzt braucht. Dabei gäbe es für die Bank – und damit auch für Unicredit – in Deutschland noch viel zu gewinnen, wenn man nur wollte: Von 700 Filialen liegen 400 in Bayern und nur 300 in den übrigen Bundesländern.

■

Verwahrloste Kinder in Hamburg

... und niemand hat etwas getan

Markus Arndt

Mit Jessica fing alles an. Und wir haben gedacht nach dem Fall Jessica, die in ihrem Zimmer verhungerte – einfach so? –, würde alles besser.

Ist es besser geworden in Hamburg, wenn es um verwahrloste, vernachlässigte Kinder geht? Nein! Innerhalb von vier Tagen sind drei weitere Fälle von Kindern offenbar geworden, die unter schlimmen Bedingungen vor sich hinvegetieren mußten. Und zeitgleich hat ein Prozeß gegen die Eltern der zweijährigen Michelle aus dem Stadtteil Bergedorf begonnen, die nicht mal merkten, daß ihr Kind krank war und starb.

Was haben alle diese Fälle gemeinsam?

Gemeinsam ist ihnen eines: Alle betroffenen Familien hatten Nachbarn, lebten nicht etwa allein auf einem abgelegenen Gehöft im Wald. Sie lebten unter uns. Und jeder, der Nachbar war, hätte hinschauen können.

Getan hat niemand etwas. Nicht mal etwas gesagt. Das ist unterlassene Hilfeleistung. Der Staat kann nicht überall sein.

Unsere Autoren erreichen Sie unter: meinung@abendblatt.de

„Höhere Mehrwertsteuer bedeutet höhere Kassenbeiträge“

Günther Hörbst
Hamburg

Union und SPD haben gestern am späten Abend die Entscheidung über eine gemeinsame Gesundheitsreform verbart. Darüber werde erst im Jahr 2006 entschieden, sagte der bayerische Staatskanzlei-Chef Erwin Huber (CSU) am Rande des Koalitionsgesprächs.

Die SPD beharrt auf ihrer Forderung, daß künftig alle Bürger mit Ausnahme von Beamten und Selbständigen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung werden

sollen. Damit wollen die Sozialdemokraten den Krankenkassen mehr Einnahmen verschaffen. Die Union lehnt dies kategorisch ab, da es die Privatkassen hart treffen würde. Bisher kann jeder Bürger in eine private Krankenkasse wechseln, wenn er mehr als 3900 Euro pro Monat verdient. Das wäre nicht mehr möglich.

CDU und CSU wollen die Gesundheits- von den Lohnkosten abkoppeln. Dazu soll der Arbeitgeberbeitrag auf rund sechs Prozent eingefroren werden. Das wiederum lehnt die SPD ab. An diesem Zwißt soll jedoch der Koalitionsvertrag nicht

scheitern, heißt es auch in Gesundheitskreisen. Man werde diese Grundsatzdebatte nach geglückter Regierungsbildung in einigen Monaten wieder aufzugreifen.

Erhebliches Ärgerpotential steckt auch in den Plänen für eine höhere Mehrwertsteuer. Vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Kosten für Arzneimittel warnt der Chef der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK), Herbert Rebscher, eindringlich vor einem solchen Schritt. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent würde die Krankenkassen um 700 Millionen Euro zusätzlich belasten. Bei einer

Erhöhung auf 20 Prozent seien es knapp 1,5 Milliarden Euro.

„Die höhere Mehrwertsteuer würde unser gerade erst mit großer Anstrengung ausverhandeltes Arzneikosten-Sparpaket komplett auffressen“, sagte Rebscher dem Abendblatt. „Somit würden wir die zwei Milliarden Euro bei den Arzneikosten nur sparen, um die Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuer wieder aufzufangen.“ Die Kassenbeiträge kämen damit wieder schwer unter Druck.

„Allein 2005 werden wir vier Milliarden Euro Mehrkosten allein durch Arzneikosten haben“, rech-

net der DAK-Chef vor. „Es wird aber nur eine Milliarde Euro Überschuß geben. Steigt die Mehrwertsteuer dann noch auf 20 Prozent, müßten die Beiträge im Schnitt um rund 0,4 Prozentpunkte ansteigen.“

Der Kassenchef fordert deshalb von den Parteien, Medikamente von einer Mehrwertsteuererhöhung auszunehmen. Mehr noch: „Für Arzneimittel sollte nur der verminderte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent angesetzt werden“, sagte Rebscher. Wenn dieser Satz sogar für Kinder-Überraschungseier gelte, müsse er erst recht für Arzneien gelten.

KOALITION GESTÄRKT DURCH DIE KRISEN-WOCHEN

Das System Merkel wirkt



Angela Merkel gestern im Gespräch mit Peter Struck (SPD, l.), dem designierten SPD-Vorsitzenden Matthias Platzeck und Niedersachsens Regierungschef Christian Wulff (CDU, r.). Vorn Gesundheitsministerin Ulla Schmidt. FOTO: REUTERS

Nach den Erschütterungen im Parteien- und Koalitionsgefüge gilt die designierte Kanzlerin als stabiler Pfeiler im Bündnis aus Union und SPD.

Andreas Thewalt
Berlin

Vor dem Finale im großkoalitionären Verhandlungspoker ist Angela Merkels Drang in die Öffentlichkeit derzeit eben überentwickelt. Doch auf ihre Getreuen macht „die Chefin“ um so mehr Eindruck. Zwar „physisch angestrengt“, aber „mental gut drauf“ und „voller Energie“, sei die designierte Bundeskanzlerin, berichten Christdemokraten aus ihrer Nähe. „Gute Nerven“ habe sie, verraten Sozialdemokraten aus den Koalitionsgesprächen.

Wieder scheint sich zu bewahren, daß Merkel in heiklen Phasen gut in Form kommt. „Sie ist ein Krisentalent“, konstatierte Merkel-Biographin Evelyn Roll in der „tagesszeitung“. Sie behalte „in schwierigen Situationen die Nerven“.

Es werde ihr, sagt ein kenntnisreicher Christdemokrat, in der Union wie in der SPD hoch angerechnet, daß sie in der vergangenen Woche, „als der Hurrikan durch Berlin fegte, einfach business as usual gemacht hat“. Der „Hurrikan“, das war die überraschende Führungskrise bei den Sozialdemokraten samt Franz Münteferings angekündigtem Rückzug von der SPD-Spitze. Zum Sturm gehört aber auch der

hastige Rückzug von CSU-Chef Edmund Stoiber aus der Bundesliga in die bayerische Landesliga, der selbst nach Lesart vieler Unionisten Anzeichen von Wankelmut und Feigheit offenbarte.

Doch die Erschütterungen im Parteienggefüge haben Merkel womöglich nicht geschwächt, sondern gestärkt. Momentan ist sie nach dem Eindruck vieler Koalitionäre der stabilste Pfeiler der großen Koalition, von der aber höchstens der Rohbau schon steht. Daß Merkel binnen sieben Wochen derart an Stärke würde gewinnen können, hätte am Abend des 18. September kaum einer gedacht. Damals mußte sie ein Wahlergebnis verkraften, das alle Erwartungen der Union schrecklich enttäuschte und ihren innerparteilichen Gegnern mächtig Oberwasser verschaffte.

Etliche Pessimisten in der Union sahen bereits ihr Karriereende nahen, verweigerte doch die SPD zunächst der Union als stärkste Kraft im neugewählten Parlament den Anspruch auf die Kanzlerschaft. Der Bayer Stoiber wiederum gebärdete sich als Kraftmeier auf der Berliner Bühne, beanspruchte ein Superministerium, nötigte Merkel und auch der CSU-Landesgruppe im Bundestag zu deren größtem Ärger den notorischen Quertreiber Horst Seehofer als Bundesminister auf, bestritt Merkel öffentlich die Richtlinienkompetenz, obwohl sie laut Grundgesetz jedem Kanzler zusteht. Und SPD-Chef Müntefering ließ kaum eine Gelegenheit aus, Merkel verbal anzurempeln. Der Satz „Die kann das nicht“, gehörte noch viele Tage nach dem Wahlkampf zum Repertoire vieler Sozialdemokraten.

Merkel ertrug solche Angriffe geduldig und setzte mit Beharrungs-

vermögen ihren Anspruch aufs Kanzleramt durch. In die Koalitionsverhandlungen band sie die wichtigsten Unions-Ministerpräsidenten ein, ihren Vertrauten Dieter Althaus aus Thüringen und den geschmeidigen Jürgen Rüttgers aus Nordrhein-Westfalen. Aber auch den Hessen Roland Koch und den Niedersachsen Christian Wulff, auf deren Loyalität kaum einer in der Union viel wetten würde, werden ihnen doch eigene Ambitionen auf das Kanzleramt nachgesagt. Ihre Einbindung in die Verhandlungen macht sie nun mitverantwortlich für die Resultate. Das setzt ihrem Drang nach Kritik an Merkel engste Grenzen.

Daß Stoiber künftig im Stile seines verbliebenen Lehrmeisters Franz-Josef Strauß permanent den Störenfried gibt, glauben die meisten Unionisten jetzt sowieso nicht mehr. Dafür sei sein Abgang aus Berlin zu unruhlich gewesen, seine Autorität viel zu ramponiert. Heute muß Stoiber der verstimmtten CSU-Landesgruppe in Berlin die Gründe für seinen Verbleib in München erklären. Der aber läßt Landesgruppenchef Michael Glos ins künftige Bundeskabinett aufrücken. Mit Glos kann Merkel deutlich besser als mit Stoiber.

Mit (Noch-)SPD-Chef Müntefering, ihrem künftigen Vizekanzler, kann es Merkel inzwischen immerhin recht gut. Und mit dem künftigen SPD-Chef Matthias Platzeck verbindet Merkel nicht nur die Herkunft aus dem Osten, sondern auch die Liebe zur Uckermark. Daß nach den Wirren der vergangenen Woche die Koalitionsverhandlungen noch scheitern könnten, gilt in Berlin als unwahrscheinlich. Für Angela Merkel, so scheint es, lief es schon schlechter als im Moment.

Reichensteuer, Rente mit 67 – Koalition auf der Zielgeraden

BERLIN – Noch fünf Streikfelder trennen Union und SPD von einer großen Koalition. CDU-Generalsekretär Volker Kauder nannte nach der fünften Verhandlungsrunde am Montag abend die Bereiche Gesundheit, Pflege, Arbeit, Soziales, Haushalt und Steuer. Allerdings zeichnet sich bereits eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Punkte auf 19 Prozent ab. Die Gespräche über die umstrittene Reform im Gesundheitswesen werden auf 2006 verbart (siehe auch Bericht oben auf dieser Seite).

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber (CSU), zeigte sich zuversichtlich, daß die Verhandlungen am Freitag mit einem Koalitionsvertrag abgeschlossen werden können. Nach der Ausformulierung am Sonntag soll er bereits am Sonntag den Führungsgremien der SPD vorgelegt werden. Am Montag wollen dann getrennte Parteitage von SPD, CDU und CSU den Vertrag billigen.

Einig sind sich die Unterhändler inzwischen über eine Föderalismusreform. Einvernehmen ist auch, daß das gesetzliche Renteneintrittsalter allmählich von 65 auf 67 Jahre steigen soll. Kauder sagte, vereinbart sei auch die Bereitstellung von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2010 für die Forschung sowie der Bau mindestens einer Transrapidstrecke. Favorisiert ist hier die Verbindung zwischen dem Flughafen München und der Innenstadt.

Spitzenverdiener müssen sich auf eine „Reichensteuer“ einstellen, und zwar womöglich schon ab einem Jahreseinkommen von 130 000 Euro (Ehepaare 260 000 Euro).

Die Verhandlungen seien auf einem gutem Weg, sagte Kauder. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch große Aufgaben wie die Haushaltskonsolidierung und eine Einigung über die Pflege, die Arbeitsmarktpolitik und die Gesundheitsreform vor Union und SPD lägen. „Einige ganz dicke Brocken sind noch zu lösen“, sagte auch CSU-General-

sekretär Markus Söder. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Olaf Scholz erklärte, man sei auf der Zielgeraden angelangt, die aber ein Berg sei, „auf den man hoch muß“.

Im Bereich Bildung verständigten sich SPD und Union nach Angaben von Scholz darauf, die Ausbildungsförderung (BAföG) mit ihrem Zuschuß-Anteil zu erhalten. In der Landwirtschaft sei der Bereich Gentechnik noch nicht geklärt. Bei der Umwelt seien Energiefragen und die weitere Nutzung der Atomkraft noch strittig. Zur Aufarbeitung der Geschichte von Flucht und Vertreibung soll in Berlin ein „sichtbares Zeichen“ gesetzt werden im Rahmen eines europäischen Netzwerks.

Kauder versicherte, kurzfristige Renten Kürzungen werde es nicht geben. Doch werde die große Koalition die Altersgrenze ab 2010 schrittweise anheben; Schlußpunkt sei das Jahr 2030. Wer jedoch 45 Versicherungsjahre nachweisen kann, solle ohne Abschläge wie bisher mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen können.

Söder berichtete von einer Einigung in der Türkei-Frage. So solle festgeschrieben werden, daß die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht automatisch zu einer Mitgliedschaft führen dürfe.

Der von der Union geprägte Begriff „privilegierte Partnerschaft“ soll allerdings keinen Eingang in den Koalitionsvertrag finden.

Streitfragen wurden an eine Achtergruppe überwiesen, die am späten Abend zusammenkam. Ihr gehören von Unionsseite die designierte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, der künftige Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) an. Die SPD ist durch den scheidenden Parteichef Franz Müntefering, seinen designierten Nachfolger Matthias Platzeck, den geschäftsführenden Bundeskanzler Gerhard Schröder und den designierten Finanzminister Peer Steinbrück vertreten. (ap)

Hamburger Reeder will höhere Steuer für Reiche

BERLIN/HAMBURG – Der Hamburger Reeder Peter Krämer hat die Parteien aufgefordert, bei der Besteuerung von Wohlhabenden über die bislang bekannten Pläne der SPD für eine Reichensteuer hinauszugehen. „Die SPD geht mir längst nicht weit genug“, sagte Krämer dem Sender N24. Zusätzlich plädierte er für eine Anhebung der Erbschaftsteuer für die zehn Prozent der reichsten Deutschen. „Das würde völlig ausreichen nach meiner Überzeugung, um die Steuerlöcher zu stopfen.“

Der Reeder hatte sich in einer gemeinsamen Initiative mit 20 weiteren wohlhabenden Deutschen mit einem offenen Brief an die Parteichefs Angela Merkel (CDU) und Franz Müntefering (SPD) gewandt und eine höhere und damit gerechtere Besteuerung von Reichen verlangt. Unter den Unterzeichnern waren der Bremer Wirtschaftsexperte Rudolf Hickel und Literaturnobelpreisträger Günter Grass. Die geplante Steuer belastet die Reichen im Umfang von 1,2 Milliarden Euro. (afp)

Grundschulen: Jungen lesen wenig und sind schreibfaul

DORTMUND – Mädchen sind schon in der Grundschule besser in Deutsch, dafür haben die Jungen in Mathematik die Nase vorn. Das ergab der Schüler-Vergleichstest IGLU, wie der wissenschaftliche Leiter der Studie, Wilfried Bos, gestern berichtete. Laut der Grundschul-Untersuchung wenden Mädchen deutlich mehr Zeit dafür auf, zu ihrem Vergnügen zu lesen. Während sich Mädchen mit Geschichten und Erklärbüchern beschäftigen, seien bei Jungen Comics am beliebtesten.

„Doch Jungen sind nicht nur schlechter im Lesen, sondern auch schreibfaul“, sagte Bos. Aber nicht nur das mache den Jungen zu schaffen. Selbst bei gleichen Leistungen würden die Mädchen besser benotet, stellte der Bildungsforscher fest. Offenbar würden Mädchen für ihr Wohlverhalten oder ihre Anpasstheit mit besseren Noten belohnt, sagte Bos.

Beim IGLU-Nationen-Ranking, das bereits 2003 veröffentlicht worden war, hatte Deutschland bei der

Lesekompetenz den elften Platz belegt. Deutsche Grundschüler seien damit „durchaus auf Augenhöhe mit Kindern aus anderen europäischen Ländern“, sagte Bos. An der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung hatten Viertklässler aus 35 Staaten teilgenommen.

Ein weiteres Ergebnis von IGLU: Viertklässlerinnen sind im Schnitt deutlich besser in ihre Schule integriert und fühlen sich wohlher als ihre männlichen Klassenkameraden. Schlechte Noten erhielten die deut-

schen Grundschullehrer in punkto Kooperation. „In fast allen anderen Ländern arbeiten Lehrer deutlich besser zusammen. Da wird sich noch einiges ändern müssen.“

Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer erklärte, das eigentliche Problem der Grundschulen sei die Tatsache, daß viele Kinder nicht die Empfehlungen für die weiterführenden Schulen erhielten, die ihren Schulleistungen entsprächen. „Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern und aus Mi-

grationsfamilien werden oft auf niedrigere Schulformen geschickt“, sagte Demmer. Dies könne man aber nicht den Grundschullehrerinnen und -Lehrern zum Vorwurf machen, die dabei vielmehr aus Sorge um die Kinder handeln. Die international einmalig frühe Aufteilung in unterschiedlich anspruchsvollen Schulformen ist laut Demmer das eigentliche Problem. Die meisten Grundschullehrerinnen und -Lehrer wollten den Kindern Frustrationen und Kränkungen ersparen. (ap)